

den besten Willen hierzu. So hat der meiningen Landtag noch kurz vor seiner Auflösung den ihm vorgelegten Entwurf eines thüringischen Strafgesetzbuches in Bausch und Bogen angenommen; der meiningische Landtag hat zwar einzelne Bedenken gegen den Entwurf geltend gemacht, jedoch sich von vornherein bereitwillig erklärt, die endliche Entscheidung ganz in die Hände eines aus Abgeordneten der Einzelregierungen und Stände zusammengesetzten Organs zu legen. — In Eisenach wird dieser Tage der Herzog von Nemours und Gemahlin zum Besuche bei der Herzogin von Orleans eintreffen und einige Zeit daselbst verweilen. Letztere ist seit ihrer Rückkehr von England um Vieles heiterer als früher, und scheint es jetzt nicht einmal ihrer Umgebung zu verbergen, daß sie von der Zukunft sich die Verwirklichung großer Hoffnungen verspreche. — Nach Frankreich wird sie indessen vorläufig nicht zurückkehren, auch wenn das Verbannungsdecret gegen die jüngere Bourbonische Linie zurückgenommen werden sollte.

Stuttgart. In der Würt. Z. lesen wir folgende Berichtigung: „Öffentliche Blätter haben meiner Reise nach Frankfurt politische Zwecke der verschiedensten Art beigelegt, und nun lese ich im Beobachter die dem F. Z. entnommene Nachricht, „über den eigentlichen Zweck meiner Reise vernehme man zwar nichts Verlässliches, aber so viel sei Thatsache, daß ich verschiedene Conferenzen mit dem Präsidenten des Reichsministeriums, Prinzen A. v. Wittgenstein, so wie die Ehre gehabt habe, vom Erzherzog-Reichsverweser empfangen und zur Tafel gezogen zu werden.“

Ich habe bis jetzt zu allen diesen Nachrichten geschwiegen, weil sie nichts Bestimmtes enthielten. Die bestimmte Sprache des Frankfurter Journals, aus welcher man Schlüsse auf politische Tendenzen der württembergischen Regierung ziehen könnte, nöthigt mich nun aber, eine bestimmte Antwort zu geben. Ich habe den Herrn Präsidenten des Reichsministeriums in meinem Leben noch nie gesehen, somit auch keine Conferenzen mit ihm gehabt. Ebenjowenig habe ich die Ehre gehabt, von den Erzherzog-Reichsverweser, der ohne Zweifel von meiner Anwesenheit in Frankfurt keine Kenntniß hatte, empfangen oder gar zur Tafel gezogen zu werden. Meine Reise nach Frankfurt hatte überhaupt keinen politischen Zweck, sondern einen gesundheitlichen. Hr. Staatsrath v. Ludwig gab mir schon vor mehreren Wochen den Rath, eine Erholungsreise zu machen, und da ich im April d. J. so schnell von Frankfurt abgerufen wurde, daß ich mich von meinen dortigen Freunden nicht verabschieden konnte, so wählte ich als Ziel meiner Reise Frankfurt, um, neben der Erholung, jener Pflicht Genüge zu leisten. Hienach ist von allem, was über diese meine Reise in öffentlichen Blättern zu lesen war, nichts wahr, als daß ich am Geburtstage Sr. Majestät des Königs von Preußen die preussische Parade mit angesehen habe.

Welche Folgerungen aus dieser wichtigen Thatsache gezogen werden wollen, überlasse ich dem Ermessen des geehrten Publicums. Stuttgart, den 23. Oct. 1849.

Ulm. 23. Oct. Auf den Grund eines Beschlusses des vormaligen deutschen Bundes, wonach die Bundesfestung Ulm mit 3000 württembergischen, 300 österreichischen und 3000 bayerischen Truppen zu besetzen ist, soll unsere Regierung eingewilligt haben, daß Ulm nunmehr eine österreichische Besatzung erhalte.

Schleswig-Holstein. 23. Oct. In Holstein werden die Kriegsrückstellungen in der Stille, aber mit allem Nachdrucke fortgesetzt. Fortwährend treten neue Mannschaften ins Heer ein, während die Ausgelernten beurlaubt werden, um dem Lande eine zu große Last zu ersparen. — Die schleswigschen Advocaten haben die ihnen zugesandte Verordnung wegen des Postzwanges der Landesverwaltung „unter höflichen Verbitung ähnlicher Zusendungen“ remittirt. — In Husum hat der octroyirte Amtmann Mohrhagen bereits wieder resignirt. — Die Angeler Bauern zu Sörup haben ihre 170 Mann Executionstruppen mehrere Tage lustig bewirthet, der Amtmann hat sie zuletzt jeden in einen Species wegen verweigerter Fuhren verurtheilt, die Verurtheilten haben dagegen supplicirt und so liegt die Sache bis weiter in den Acten; die Söruper aber haben selbst ihre preussischen Gäste jubelnd und mit schleswig-holsteinischen Fahnen nach Schleswig zurückgefahren. — Professor Droyßen soll mit einer Sendung der Statthaltertschaft nach Hannover geschickt worden sein.

Wien. 23. October. (Tagesbericht der „Wiener lithographirten Korrespondenz.“)

— Die Ernennung des F. M. L. v. Schönhals und des Baron Kübel zu österreichischen Bevollmächtigten bei der provisorischen Centralgewalt in Frankfurt ist definitiv erfolgt.

— F. M. Radegky war bereits in Laibach angelangt. Bei seinem Einzuge in Graz bemerkte man an seiner Seite den F. M. Haynau.

— Die k. k. Truppen in Ungarn haben bereits die Winterdislokationen bezogen und es sind 84 Ortschaften mit Garnisonen (mindestens zu 1 Bataillon) versehen worden.

— Nach einem im Kriegsministerium abgefaßten detaillirten Ausweise sind in Ungarn im Ganzen 660,151 Flinten, 2879 Pistolen, 216,000 Säbel, 2073 Lanzen und 500 Kanonen verschiedener Kalibers der ungarischen Armee abgenommen worden.

— Außer den am 20. d. in Pesth vollzogenen Einrichtungen bringen auch aus Hermannstadt die neuesten Nachrichten kriegsrechtlich gefällte Urtheile, welche bei der Rebellion kompromittirte Geistliche und Beamte in höherer Stellung betreffen. Sie scheinen jedoch von mildern Gesichtspunkten auszugehen und erstrecken sich nicht über zweijährige Festungsstrafen.

— Der k. k. Gesandte in London, Graf Colloredo, hat seine Entlassung eingereicht.

— Der französische „National“ ist seit heute hier verboten. Man giebt die Schuld höchst heftigen Artikeln gegen das Oberhaupt Oesterreichs und gegen das österreichische Militär.

— Man spricht von einem Vorschlag, das Universitätsgebäude abtragen zu lassen, sowohl um das Andenken an die unheilvolle Aula durchaus zu verrichten, als wie um zur Verschönerung der Stadt einen großen Platz zu gewinnen. Das Gebäude selbst gehört zu den architektonischen Zierden Wiens, und um dieser Ursache, so wie wegen der sonstigen Kostspieligkeit dürfte der Vorschlag wohl nicht ausgeführt werden.

— Ueber die neue Organisation des Heeres erfährt man Folgendes: Das ganze Heer wird in vier Theile getheilt, ein Theil für die deutschen Provinzen (Erzherzogthum Oesterreich, Inner-Oesterreich, Deutsch-Ägypten), unter dem Kommando des F. M. L. Grafen Bratislaw; der zweite für Italien unter F. M. Radegky; der dritte für Ungarn unter F. M. Baron Haynau; der vierte für Galizien unter G. d. G. Graf Hanimerstein. Unter F. M. Banus Jellachich werden die Gränzer ein fünftes Korps bilden. Diese großen Heerestheile zerfallen dann wieder in 14 Armeekorps, welche immer im mobilen Stande erhalten werden, um sie nöthigenfalls da und dorthin zu verwenden. F. M. Baron Heß bleibt Chef des gesamten Generalstabs. Außerdem wird eine General-Adjutantur, mit dem ersten General-Adjutanten Grafen Grünne an der Spitze, errichtet, mit welcher alle Adjutanten der Armeekorps in schnelle Verbindung treten.

Der Rücktritt des Grafen Gyulai überträgt die Leitung des Kriegsministeriums den Generalen Heß und Dahlen, wovon der erstere das Militärische, der letztere das Administrative übernimmt.

Wien. 24. October. Die früher erwähnten neuen „Steuer-Patente“, welche einen ganzen Bogen der „Wiener Zeitung“ füllen, können wir unseren Lesern nur im aller kürzesten Auszuge mittheilen. Sie bestehen aus drei Gesetzen.

1) Gesetz über die Grundsteuer in Ungarn. Auf Grundlage des allgemeinen Katasters wird bis zur Vollendung des stabilen Katasters ein Provisorium eingeführt, bis zum Eintritt des letzteren aber jener Betrag als Gesamtsteuergelb bestimmt, welcher im Verwaltungsjahr 1847 als Kriegs- und und Domestikal-Steuer ausgeschrieben war. Die mit dem 1. November 1849 diesfalls eintretende Repartition auf die Grund- und Hausbesitzer und die übrigen kontributionspflichtigen Einwohner wird im Gesetze näher angegeben. (Wir bemerken dem Leser daß früher in Ungarn gar keine Grundsteuer existirte.)

2) Gesetz über die Grundsteuer in Siebenbürgen. Die Bestimmungen sind fast dieselben. Die bis zum Jahr 1848 hier bestandenen Steuerfreiheiten haben aufzuhören. Dies wird die Szekler, welche bekanntlich steuerfrei waren, am härtesten treffen.

3) Gesetz über die Erhöhung der Verzehrungssteuer in Galizien für Bier und Branntwein. Die bei der Erzeugung des Branntweins in Galizien und der Bukowina erhobene Steuer betrug bisher nur zwei Drittel von der in den andern Kronländern erhobenen. Durch die Aufhebung der Urbarmachungsleistungen hören die Gründe solcher Bevorzugung auf. Die jetzt festgesetzte Steuer betrug früher pr. österr. Eimer auf die Gewinnung von 2 Maas von 1 Eimer Maiskraum bei mehligem Stoffen und Kernobst 10 kr., und auf die Gewinnung von 3 Maas bei Steinobst und dergl. 15 kr. In Berücksichtigung des Fortschritts in den Fabrikationen, indem 1 Eimer Maiskraum jetzt 3 1/2 und 4, resp. 5 Maas Branntwein liefert, ist diese Steuer auf 20 resp. 30 kr. pro Eimer erhöht. Der betreffende Mehrertrag der Einnahme wird vom Finanzminister auf 1 1/4 Mill. fl. veranschlagt. (In Preußen beträgt seit 1838 der Steuersatz 2 Sgr. pro 20 Quart Maiskraum das ist etwa 10% des Marktpreises vom Branntwein. Die neue Steuer in Oesterreich steht der preussischen noch immer um Vieles nach.)

Ungarn. Die heutige „Wiener Zeitung“ enthält den neuen Reorganisationsplan Ungarns. Durch denselben ist die durch die pragmatische Sanction und auch durch die europäischen Großmächte garantierte selbstständige Verfassung Ungarns für aufgehoben, und das Königreich Ungarn als solches für vernichtet erklärt.